



Bundesministerium
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
Andrej Hunko, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 22. Dezember 2016

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Dezember 2016**
HIER **Arbeitsnummer 12/104**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene Schriftliche Frage übersende ich Ihnen
die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Dr. Emily Haber

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage des Abgeordneten Andrej Hunko
vom 13. Dezember 2016
(Monat Dezember 2016, Arbeits-Nr. 12/104)

Frage

Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zur Frage, inwiefern die bei Europol eingerichtete "Meldestelle für Internetinhalte" (EU IRU) außer "salafistische" oder "jihadistische" auch "linksextremistische" oder "rechtsextremistische" Beiträge oder Accounts aufspüren und/oder bei Internetanbietern zur Entfernung melden könnte, auch wenn sie darauf verweist, dass für eine solche Erweiterung oder Schwerpunktverlagerung derzeit keine "Planungen" existierten (Bundestagsdrucksache 18/10591, Frage 21), und welche "Verbesserungsvorschläge der Zusammenarbeit" wurden bei einem Treffen beraten, zu dem Europol nach Abschluss des ersten Jahres des EU IRU-Wirkbetriebs im September 2016 Vertreter der EU-Mitgliedstaaten einlud (Frage 24)?

Antwort

Auf seiner Tagung am 12./13. März 2015 hat der Rat (Justiz und Inneres) Europol beauftragt, eine „Meldestelle für Internetinhalte“ (EU IRU) zu entwickeln, deren Aufgabe u.a. die Identifizierung (Kennzeichnung) von terroristischen und gewaltsamen extremistischen Internetinhalten mit den einschlägigen Partnern beinhaltet. Vor diesem Hintergrund könnten links- oder rechtsextremistische Internetinhalte grundsätzlich mitumfasst sein. Der Bundesregierung sind bislang keine in diese Richtung gehenden Planungen bekannt. Die Bundesregierung hat deshalb hierzu noch keine abschließende Haltung entwickelt.

Am 1. und 2. September 2016 fand auf Einladung von Europol das erste Expertentreffen der Meldestelle für Internetinhalte der Europäischen Union (EU IRU) in Den Haag/Niederlande statt. Im Rahmen der Veranstaltung wurden insbesondere die Fähigkeiten und die Arbeitsweise der EU IRU vorgestellt. Konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit wurden anlässlich des Treffens nicht beraten.